



Über 60 Prozent Zustimmung für Nationalpark

Über 60 Prozent Zustimmung für Nationalpark
Repräsentative Umfrage belegt: Breite Zustimmung der Bevölkerung in der Region Steigerwald für einen Nationalpark
Eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent der Bewohnerin der Region Steigerwald befürwortet einen Nationalpark. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen TNS Emnid-Umfrage, die der BUND Naturschutz in Bayern (BN) und der WWF Deutschland im Auftrag gegeben haben. Zwei Drittel der Befragten sind zudem der Meinung, dass der Nationalpark Steigerwald Tiere, Pflanzen und alte Bäume besser schützt als ein Forst. Die Naturschutzverbände forderten Ministerpräsident Horst Seehofer daher in einer gemeinsamen Erklärung auf, dem Mehrheitswillen der Bevölkerung zu entsprechen, so wie er es mehrfach angekündigt hat.
Die Umfrageergebnisse zeigen, dass es in der Steigerwaldregion doppelt so viele Menschen gibt, die den Nationalpark begrüßen, wie Menschen, die ihm noch kritisch gegenüberstehen", so Hubert Weiger, Landesvorsitzender des BN. "Die guten Zustimmungswerte sind eine solide Basis, die wir durch weitere Aufklärungsarbeit und Akzeptanzwerbung noch verbreitern können."
Die Staatsregierung hat dem WWF vor einem Jahr mitgeteilt, sie werde keinen Nationalpark gegen den Willen der Bevölkerung einrichten. Jetzt ist die Unterstützung für den Nationalpark klar belegt und die Politik muss dementsprechend handeln", bekräftigt Diana Pretzell, Leiterin Naturschutz in Deutschland beim WWF.
Als ersten wichtigen Schritt sollte die Staatsregierung eine Studie über das Für und Wider des Nationalparks in Auftrag geben, damit die Diskussion vor Ort auf Basis von Fakten und Sachargumenten geführt werden kann", so Ralf Straußberger, BN-Waldreferent. "Dabei muss auch auf die bestehenden Befürchtungen, insbesondere die Brennholzversorgung eingegangen werden".
Wir freuen uns als Artenschutzverband, dass der Schutzgedanke eines Nationalparks bei den Befragten die größte Zustimmung gefunden hat", so Ludwig Sothmann, Vorsitzender des Landesbund für Vogelschutz (LBV).
Die Umfrage zeigt, dass es noch ein Gefälle zwischen der Akzeptanz eines Nationalparks in den kreisfreien Städten Bamberg und Schweinfurt einerseits und den Landkreisen Bamberg, Hassberge und Schweinfurt andererseits besteht. In den Städten gibt es eine sehr deutliche Zustimmung von 77 Prozent, in den Landkreiskommunen eine Zustimmung von rund 38 Prozent. Die Umfrage zeigt zudem auch, dass in den ländlichen Gemeinden eine deutlich höhere Zustimmung zu erreichen ist, wenn mit einem Nationalpark auch die Brennholzversorgung der örtlichen Bevölkerung gesichert wird: Über ein Drittel der Nationalparkkritiker würde unter dieser Voraussetzung einem Nationalpark eher zustimmen. Die Verbände zeigten sich überzeugt, dass dann auch in den ländlichen Gemeinden eine Mehrheit einen Nationalpark begrüßen würde, so wie dies in anderen deutschen Nationalparkregionen ebenfalls der Fall sei. Die Umfrageergebnisse könnten, so die Interpretation von WWF, BN und LBV den Nationalparkbefürwortern vor Ort Mut machen, für eine offene und faire Diskussion einzutreten. Entweder habe der Verein "Unser Steigerwald" völlig falsch gelegen, wenn er in der Vergangenheit von einer 90 - 95 prozentigen Ablehnung des Nationalparks sprach oder die Zustimmung zum Nationalpark habe in den vergangenen Jahren enorm zugenommen.
Die Naturschutzverbände sehen sich demnach durch die positiven Umfrageergebnisse in ihrer Aufklärungsarbeit und dem sachlichen Werben für einen Nationalpark bestätigt. "Nach den Umfrageergebnissen sehen große Teile der Bevölkerung in der Steigerwaldregion positive Auswirkungen eines Nationalparks, wie einen besseren Schutz, eine Aufwertung Frankens, mehr Arbeitsplätze und mehr Investitionen infolge der Nationalparks. Diese Vorteile sind offenbar für jüngere Menschen besonders wichtig, da sie die Einrichtung eines Nationalparks in dem strukturschwachen Steigerwald besonders begrüßen", so BN-Landesbeauftragter Richard Mergner.
Die Umfrageergebnisse zeigen aber auch, dass nach wie vor Befürchtungen in der Bevölkerung verbreitet sind, die teilweise auf gezielte Fehlinformationen beruhen: etwa dass es mit einem Nationalpark zu Enteignungen für Privatwaldbesitzer oder zu umfangreichen Betretungs- und Sammelverboten kommen würde, obwohl dies nachweislich nicht der Fall ist. Solchen "Horror szenarien" der organisierten Nationalparkgegner werden die Naturschutzverbände weiterhin Fakten und Sachinformationen entgegensetzen.
Hintergrundinformation zu der TNS Emnid-Umfrage
Das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid führte für diese Befragung vom 22. bis 27. Mai 2014 1000 Telefoninterviews im Auftrag des BUND Naturschutz in Bayern und des WWF Deutschland im Steigerwald und Steigerwaldvorland durch. Befragt wurden Einwohner in Stadt und Landkreis Bamberg, im Landkreis Hassberge sowie in Stadt und Landkreis Schweinfurt. In den Landkreisen wurden Kommunen in die Umfrage einbezogen, die bis 5 km vom diskutierten Nationalparkgebiet entfernt sind. Im Einzelnen waren dies im Landkreis Bamberg die Gemeinden Burgebrach, Burgwindheim, Ebrach, Schlüsselfeld und Schönbrunn, im Landkreis Schweinfurt die Gemeinden Dingolshausen, Donnersdorf, Gerolzhofen, Grettstadt, Lültsfeld, Michelau, Oberschwarzach und Sulzheim und im Landkreis Hassberge die Gemeinden Ebelsbach, Eltmann, Hassfurt, Knetzgau, Oberaurach, Rauhenebrach, Sand am Main, Theres, Wonfurt und Zeil a. Main. Die Befragung wurde bevölkerungsproportional durchgeführt. Entsprechend der Einwohnerzahl wurden in den 3 Landkreisen 410 und in den kreisfreien Städten 590 Telefoninterviews durchgeführt.
World Wide Fund For Nature (WWF)
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 311777-0
Telefax: 030 311777-199
Mail: info(at)wwf.de
URL: http://www.WWF.de
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pintr_=567005" width="1" height="1">

Pressekontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

WWF.de
info(at)wwf.de

Firmenkontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

WWF.de
info(at)wwf.de

Der WWF will die Umwelt entlasten und er braucht finanzielle Mittel für den Naturschutz. Um diese Ziele zu erreichen, können Unternehmen wichtige Partner sein. Es gibt unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit. Sie reichen von Firmenspenden und Sponsoring-Maßnahmen über Lizenzkooperationen bis hin zu strategischen Kooperationen. Unser Ziel ist es, Gelder von Unternehmen in den Naturschutz umzuleiten. Aus diesem Grund arbeitet der WWF mit kleinen, mittleren und großen Unternehmen zusammen, die die Ziele des WWF unterstützen. Jede Kooperation ist individuell. Zu unseren Grundsätzen gehört es, konstruktiv und lösungsorientiert zu agieren, aber auch ein kritischer Sparringpartner zu sein. Ein

wichtiger Baustein der Zusammenarbeit ist stets die Förderung des Umweltbewusstseins bei Kunden, Mitarbeitern und anderen Interessengruppen. Auch die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage bestätigen unser Handeln: Drei Viertel der Bevölkerung befürworten eine finanzielle Unterstützung des WWF durch Unternehmen (76%). Durch strategische Kooperationen mit wichtigen Wirtschaftsträgern nimmt der WWF Einfluss auf die Förderung von ökologisch nachhaltigem wirtschaftlichem Handeln. Wir arbeiten mit Unternehmen zusammen, um sie zu verändern. Die Wirtschaft schätzt den WWF als kompetenten, verlässlichen aber unabhängigen Partner, weil er wichtige Probleme anspricht und innovative Lösungswege aufzeigt. Jahr für Jahr erfreut sich der WWF einer wachsenden Zahl von Unterstützern. Immer mehr Menschen empfinden es als selbstverständlich, wo immer nötig der bedrängten Natur und Umwelt zu helfen. Sie sehen im WWF einen sachverständigen, lösungsorientiert arbeitenden Partner. Insgesamt wurden 54,3 Millionen Euro für Projekte, satzungsgemäße Kampagnen und Aufklärungsarbeit, Fördererbetreuung und -gewinnung sowie allgemeine Verwaltung verwendet. Der Anteil der Ausgaben für die allgemeine Verwaltung lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei fünf Prozent. Insgesamt wurden 2,8 Millionen Euro für die Finanz- und Personalverwaltung, die Büroorganisation sowie die IT-Administration aufgewendet. Hier konnten Einsparungen in Höhe von rund 160.000 Euro realisiert werden. Über 438.000 Menschen – mehr als je zuvor – haben zum Ende des Jahres 2011 auf diese Weise ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht und zu rund 60 Prozent der Gesamteinnahmen verholfen, das zeigt der aktuelle Jahresbericht des WWF. Die Jahreseinnahmen bei Spenden und Erbschaften betragen 32,1 Millionen Euro in 2011/12. Dies bedeutet ein Wachstum von drei Prozent gegenüber 2010/11. Im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres beschäftigte der WWF Deutschland an seinen drei Standorten (Berlin, Frankfurt, Hamburg) und in den vier Projektbüros (Dessau, Stralsund, Mölln und Husum) 186 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 122 Vollzeitkräfte. Im Vergleich zu 2011 (171 Mitarbeiter) entspricht das einem Zuwachs von neun Prozent. Der Anteil der Mitarbeiterinnen beträgt 68 Prozent.